

Familienpolitische Fragestellungen

Es gibt ein primäres **Elternrecht auf Erziehung**. Dies ist eine Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft. Wir beobachten mit Bestürzung, dass dieses Recht eingeschränkt wird und Erziehungsberechtigte zunehmend entmündigt werden.

- Wie stehen Sie zu Tendenzen, die Kindergartenpflicht auszuweiten?

Ziel der Kindergartenpflicht ist es, jene Kinder rechtzeitig zu erreichen, bei denen ein Nicht-Erreichen der Schulreife mit 6 Jahren droht. Umso früher Kinder erreicht werden, die zu Hause nicht ausreichend kognitiv gefördert werden, desto eher können sie im Kindergarten so weit gefördert werden, dass sie während ihrer Schullaufbahn möglichst wenig Probleme haben. Vor diesem Hintergrund stehen wir einer Ausweitung der verpflichtenden elementarpädagogischen Bildung positiv gegenüber. Die in der 15a Vereinbarung vorgesehenen Ausnahmen, die unter anderem auch die Möglichkeit der häuslichen Erziehung ermöglicht, soll aufrecht bleiben.

- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Eltern weiterhin primär für die Vermittlung von Werten auf dem Gebiet der Sexualerziehung und der Aufklärung zuständig bleiben? Wie soll diesbezüglich die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern gestaltet werden?

Wir sehen die Eltern nach wie vor auch für die Vermittlung von Werten auf dem Gebiet der Sexualerziehung verantwortlich. Schule ist ein Ort der Wertevermittlung, aber auch ein Ort, unterschiedliche Wertesysteme kennen und respektieren zu lernen.

- Wie stellen Sie sicher, dass Eltern, die ihre Kinder in einem großen Ausmaß zu Hause erziehen wollen, weiterhin diese Freiheit der Wahl haben (z.B. durch ausreichende Angebote an Halbtageschulen und einer flexiblen Nachmittagsbetreuung)

Derzeit übersteigt die Nachfrage nach Ganztagschulen deren Angebot bei weitem. Es gibt in Wien keinerlei Mangel an Halbtagschulen und wir sehen auch nicht, dass dieser in absehbarer Zeit entstehen könnte.

Bildung ist ein zentrales Thema für die Zukunft unserer Kinder und der Gesellschaft.

- Schulkosten belasten das Haushaltsbudget vieler Familien. Wie wollen Sie verhindern, dass die Schulgeldfreiheit durch diverse auf die Eltern überwältigte Kosten (z.B. Schulerhaltung, Lehrmittel, Laptop,...) ausgehöhlt wird!

Die Schulgeldfreiheit ist unglücklicherweise leider schon jetzt ausgehöhlt und die an den Schulen entstehenden Nebenkosten, ganz zu schweigen von Kosten für Nachhilfe und dergleichen, können sich manche jetzt schon nicht mehr leisten.

Selbstverständlich liegt das auch an der zu geringen Mittelausstattung für das Schulsystem. Unsere KollegInnen im Parlament weisen schon lange darauf hin, dass die Budgets für die Bildung unterdotiert sind.

Die Wiener Grünen konnten in Wien die höchste Kindermindestsicherung Österreichs durchsetzen und damit viele finanzschwache Familien und vor allem deren Kinder unterstützen.

- Die pädagogische Qualität der vorschulischen Fremdbetreuung ist uns wichtiger als die Quantität der zur Verfügung gestellten Plätze. Wie stellen Sie sicher, dass auch in Kindergruppen die BetreuerInnen eine entsprechende pädagogische Ausbildung haben?

Wir wollen ausreichend viele, qualitativ hochwertige Plätze. Wir setzen uns zudem für eine Aufwertung der Qualifizierung für ElementarpädagogInnen ein. Voraussetzung dafür sind entsprechende Lehrgänge auch auf akademischem Niveau.

Neue Ausbildungsplätze werden laufend geschaffen. Die Stadt Wien unterhält sogar eine eigene Ausbildungsstätte für KindergartenpädagogInnen um möglichst rasch viele Menschen für diesen wertvollen Beruf zu qualifizieren.

- Wie kann Ihrer Ansicht nach sichergestellt werden, dass Kinder bei Schuleintritt die deutsche Sprache beherrschen – unabhängig davon, ob sie zu Hause, in einem Kindergarten oder in einer Kindergruppe betreut wurden?

Die Kenntnis der deutschen Sprache hängt von vielen Faktoren ab. Spracherwerb braucht viel Zeit. Es ist wichtig Kindern mit nicht deutscher Muttersprache schon früh eine mehrsprachige Umgebung zu bieten, in der sie sowohl ihre Muttersprache als auch Deutsch lernen können. Wo das nicht ausreicht, müssen Kinder mit Defiziten in der deutschen Sprache auch in der Schule noch individuell unterstützt werden.

In unserer **demokratischen Willensbildung** sind Kinder und Jugendliche unterrepräsentiert und verlieren angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft an politischem Gewicht.

- Was halten Sie von der Einführung eines Kinderstimmrechtes (das für jüngere Kinder von den Eltern ausgeübt wird) auf kommunaler bzw. bundespolitischer Ebene? Werden Sie sich für die Einführung eines Kinderstimmrechtes nach Vorbild der Pfarrgemeinderatswahlen in der Erzdiözese Wien einsetzen?

Die österreichische Bundesverfassung deren diesbezügliche Bestimmungen auch für die Landes und Gemeindeebene gelten, sieht ein persönliches Wahlrecht vor. Das schließt aus, dass Eltern für ihre Kinder abstimmen können.

Die Interessen der Kinder, der nachfolgenden Generationen, möglichst umfassend zu wahren und in die Politikformulierung miteinzubeziehen, hat auch für die Wiener Grünen einen hohen Stellenwert. Eine Herangehensweise ist auch, Kinder stärker in

partizipative politische Verfahren einzubeziehen. Ansätze dafür, wie Kinderparlamente, Einbeziehung von Kindern in die Parkgestaltung und ähnliches gibt es in Wien bereits und können vermehrt zum Einsatz kommen.